

FÜR EINEN NEUEN BILDUNGSPAKT



Veröffentlicht am 29. April 2006

Tags: [Beschlüsse](#), [Bildung](#), [Deutschland](#)

Beschluss des Landesparteitages

An einem hoch entwickelten Industriestandort wie Pöchlitz, in dem Lohn- und Arbeitskosten kann die Erhaltung des Wohlstandes nur durch innovative Produkte und Verfahren gesichert werden. Das erfordert vom Land eine übergreifende Innovationsstrategie, die sich auf das gesamte Land verpflichtet fühlt. Hierzu gehört ein Bildungssystem, das in der Lage ist, die besten Köpfe hervorzubilden und den internationalen Wettbewerb mitzuhalten.

Das Zentrum des deutschen Bildungssystems sind die Hochschulen. Ihre bessere Einbindung in die Innovationsstrategie, ohne die grundsätzliche Verantwortung der Länder für die Bildung einschränken zu wollen, muss ein zentrales Anliegen der Politik sein.

Darüber hinaus sind die Hochschulen zentrale Elemente gerade bei der Entwicklung der ländlichen Regionen. Innovative mittelständische Unternehmen, die gesteuert und wissenschaftlich exzellent aufgestellt sind, müssen in ihrem Umfeld angewiesen.

Die bisherigen Vereinbarungen zur Hochschulfinanzierung nach

der Föderalismus die Nachteile für die finanzschwächeren Länder mit sich bringen. Diese Unterschiede werden so weiter vertieft. Bereits in den letzten Jahren haben sich den finanzstarken südlichen Bundesländern deutlich mehr Bundesmittel zugeflossen als den nördlichen und östlichen. Ursache dafür ist, dass die Bundesmittel jeweils komplementär aufzustocken.

Durch die derzeit bekannten Zusagen der von der großen Koalition geplanten Grundgesetze wird der Zustand noch erheblich verschärft und auf lange Zeit festgeschrieben. Dem Motto: „Wer hat, dem wird gegeben“ verfahren. Auch bei der Finanzierung der strukturschwachen Länder erheblich weniger als den strukturstarken. Selbst bei der auch nach der Föderalismus-Reform folgenden Großgeräte- Finanzierung werden diese Länder in den Hintergrund gehen.

Die FDP fordert daher Bund und Länder auf, dafür Sorge zu tragen, dass die der Föderalismusreform ausgewogene Kooperationsmöglichkeiten Bund und Ländern zur Bewältigung besonderer Herausforderungen im Hochschulbereich weiter ermöglicht werden. Dabei darf die Erfolgsgeschichte der Hochschulen seit der Humboldt-Reform, nämlich die Einheit von Forschung und Lehre, nicht verloren gehen.

Es ist sicherzustellen, dass bei den geplanten Änderungen der Hochschulbaufinanzierung bei der Konzentration der Mittel auf den Hochschulbau keine zusätzlichen Nachteile für die finanzschwachen Länder entstehen. Weiterhin ist sicherzustellen, dass auf die Finanzaufweisungen des Bundes an die Länder für die Hochschulen keine starre Ausrichtung an den bisher geleisteten Investitionen besteht. In den nächsten Jahren auch bei den Bundesanteilen eine leistungsbezogene Kriterien berücksichtigt werden.

Die FDP fordert Bund und Länder auf, dafür zu sorgen, dass die Voraussetzung für die Finanzierung von Forschungsbauten auch kleineren und finanzschwächeren Ländern eine realistische Chance geben.

Im Hinblick auf ein kompaktes zwischen Bund und Ländern erwarten wir eine Zusammenarbeit der Hochschulen in den neuen Bundesländern.

Heute gilt Deutschland als hervorragendes Bildungswesen und exzellente Bedingungen für die Forschung die entscheidenden Grundlagen für eine moderne und erfolgreiche Volkswirtschaft bilden.

Um unser hohes Niveau von Gesundheitsleistungen und sozialer Sicherheit in Deutschland zu bewahren, brauchen wir eine hohe Wertschöpfung der Wirtschaft. Diese erreichen wir nur, wenn wir effektiv um die besten Köpfe, die beste Bildung und die besten Technologien werben. Ein gewissenhafter Umgang mit Bildungs- und Forschungspolitik auf allen Ebenen unerlässlich, denn es geht um die Zukunft unseres Landes.

In einem Europa ohne Grenzen und der zunehmenden Globalisierung der Märkte muss Deutschland, um wettbewerbsfähig zu bleiben, sein wichtigstes Kapital nachhaltig fördern. Die rohstoffarme Bundesrepublik hat die Chance nutzen, sich als führender und zukunftsweisender Standort für die breiten Wissensproduktion zu etablieren.

Bildung ist Bürgerrecht. Die liberale Bildungspolitik hat sich auf die individuelle Förderung der Kompetenzen jedes Menschen zu konzentrieren. Unentbehrlich dafür ist die Schaffung gleicher Ausgangsbedingungen.

Nicht erst seit Pisa ist bekannt, dass die Bildungsergebnisse und -erfolge in Deutschland immer noch vom Wohnort und der sozialen Herkunft abhängen. Dem geschuldet müssen wir besonders bei der Bildungspolitik von einem verantwortungsbewussten Umgang mit Bildung und Forschungspolitik einfordern.

Die FDP lehnt es ab, dass durch die geplante Reform unsern Kindern und Jugendlichen die Zukunftsfähigkeit verloren geht und der Bildungs- und Forschungsstandort Deutschland im internationalen Wettbewerb zurückfällt. Die angedachte Reform muss so modifiziert werden, dass die Zersplitterung der Bildungslandschaft durch die verschiedenen Schulungsregelungen verstärkt werden, indem 16 unterschiedliche Schulungszugängen, Abschlüssen und schulischen Abschlüssen ermöglicht wird.

Die FDP fordert die Freiheit des Arbeitsmarktes für Lehrkräfte genauso wie die gegenseitige Anerkennung aller Schulabschlüsse. Es ist nicht länger hinzunehmen, dass die gegenseitige

Anerkennung der föderalen Ebene toleranter geregelt ist als innerhalb der Bundesrepublik. Die aktuelle Diskussion zur Verlagerung der Kompetenzen in den Bundessbereich im Zuge der Föderalismusreform ist zu begrüßen.

Die FDP fordert, dass bei der Festlegung verbindlicher Bildungsstandards im Grundgesetz verankert werden muss, dass ein hohes Ausbildungsniveau und Chancengerechtigkeit in der Bildung zu gewährleisten.

Wir brauchen einen nationalen Bildungsplan

Nach wie vor hält die FDP an dem positiven Gedanken der Kooperation der Bund und Länderkompetenzen im Rahmen der Föderalismusreform fest. Die Bildung braucht auch föderalen Wettbewerb. Vor allem aber ist die Freiheit und der Wettbewerb für die einzelnen Bildungseinrichtungen zu stärken, um deren Qualität zu fördern. Denn Bürokratische Vorschriften und Beschränkungen der Freiheit der einzelnen Bildungseinrichtungen wirken zu stark ein.

Die FDP fordert eine Stärkung des freien Wettbewerbs der Bildungseinrichtungen durch einen gezielten Bürokratieabbau auf der Ebene. Wir brauchen selbstständige Schulen, Kindertagesstätten und Kindergärten. Denn die beste Bildung für unsere Kinder erhalten wir durch den Wettbewerb der Einrichtungen, die über einen gemeinsamen Qualitätsstandard verbunden sind. Dies erfordert mittelfristige einmündige Finanzierung: Weg von der Objekt – hin zu Subjektfinanzierung. Der Übergang zur Pro-Kopf-Finanzierung oder die Einführung von Bildungsgutscheinen – unabhängig von der Art der Trägerschaft.

Mit der Föderalismusreform wird die Ministerkonferenz (KMK) zukünftig die Aufgaben im Schulpolitikbereich übernehmen. Doch die Unzulänglichkeiten dieses Gremiums im verantwortungslosen Umgang mit dem deutschen Bildungswesen vor allem darin zeigt, dass wir von einem der besten Bildungssysteme gerade noch Mittelmaß sind, lassen starke Zweifel an der Kompetenz der KMK aufkommen.

Nur eine grundlegende Veränderung und dem öffentlichen Diskurs der Bildung kann die Talfahrt des deutschen Bildungswesens aufgehalten werden.

werden.

Außerschulische Einrichtungen mit Kindern und Jugendlichen müssen gemeinschaftlich mit schulischen Konzepten folgen, wenn sie effektiv sein sollen. Die verbundene Arbeit mit Kindern mit Migrationshintergrund und zugleich außerschulische Aufgaben besonders für die Mütter sind Aufgaben von nationaler Bedeutung.

Die Berufsbildung enthält immer noch einen hohen bzw. europäischen Anteil. Die Qualifikationen der schulischen und beruflichen Bildung müssen in ein europäisches Anerkennungsnetzwerk eingebunden werden.

Bildungsmarketing, d.h. Werbung für den Standort Deutschland in der Welt kann nicht in die einzelnen Länder zersplittern.

Alle diese Gründe sprechen für eine nationale Bildungspolitik

Da der Horizont einer nationalen Bildungsstrategie über Länderzuständigkeiten hinausweist und auch den internationalen Kontext berührt, kann die KMK diese Aufgabe nicht allein schultern.

Die FDP schlägt daher vor, dass die KMK abgeschafft und stattdessen eine „deutsche Bildungskonferenz“ bestehend aus Vertretern aller Länder und der Wissenschaft ersetzt wird. Mit der Verabschiedung einer Bildungskonferenz, die im konstitutionellen Rahmen der Föderation gesetzlich verankert werden könnte, würde im Sinne der Sache endlich etwas möglich.

Der nationale Pakt für Bildung ist ein Muss für unser Land endlich den dringend notwendigen Schritt zu machen.